

Dorian Winter

Zeit zum Umdenken: Die katholische Kirche in Polen

Die Kirchenleitung der katholischen Kirche in Polen und die bei den Parlamentswahlen siegreiche Partei *Recht und Gerechtigkeit* stehen sich ideologisch nahe. Beide Seiten träumen von einem national und kulturell homogenen Polen. Die Gläubigen erwarten von der Kirche jedoch keine politischen Parolen, sondern vor allem Modelle, um ihren Glauben in einer zunehmend pluralistischen Gesellschaft zu leben. – S. K.

„Ich möchte nicht in einer Bekenntnisrepublik leben“ – diesen Satz wiederholte Ewa Kopacz, die abgewählte polnische Ministerpräsidentin von der Partei *Platforma Obywatelska* (Bürgerplattform, PO) mehrfach im Wahlkampf. Ihr Ziel, sich damit von der kirchennahen bisherigen Oppositionspartei *Prawo i Sprawiedliwość* (Recht und Gerechtigkeit, PiS) abzugrenzen und gleichzeitig dem linken und liberalen Lager Stimmen abzuwerben, ging jedoch nicht auf. Nicht etwa, dass es Bestrebungen gegeben hätte, einen Bekenntnisstaat zu etablieren, solche Rhetorik spielt viel mehr auf teilweise kulturkampfbähnliche Debatten an, die Polen prägen und entzweien.

Die Rolle der Kirche im Staat ist weit mehr als ein Politikum. Es geht um die grundlegende Frage der Identität eines Landes, das nach 1945 sprachlich und religiös nahezu homogen polnisch und katholisch geworden ist, und in dem nationales Bewusstsein und katholische Kirche wie in kaum einem anderen katholischen Land scheinbar untrennbar miteinander verwachsen sind. Diese natürliche Synthese aus der Vergangenheit, die noch gut funktionierte, solange das Land entweder besetzt war oder unter kommunistischer Unfreiheit litt, bröckelt massiv. Dennoch versprechen sich weite Kreise von der konservativen Rechtspartei PiS, die sowohl die Regierung als auch den Präsidenten stellt, eine Art Restauration dieser Synthese. Ein Anlass, die besondere Beziehung von Kirche und Staat in Polen näher zu beleuchten.

Mickiewicz's anhaltendes romantisches Erbe

Mit dem Ende der polnischen Adelsrepublik durch die Teilungen des Landes Ende des 18. Jahrhunderts begann eine Mystifizierung des Nationenbegriffs. Die kartographische Auslöschung des Staates führte zur Transzendentalisierung der Nation. Dabei kam es zu einer spezifisch polnischen Ausprägung des im 19. Jahrhundert sich in Europa entwickelnden Nationalismus. Als den „Christus unter den Nationen der Welt“ bezeichnete Polens Nationaldichter Adam Mickiewicz in seinem in Dresden 1832 erschienenen III. Teil des Dramas *Dziady* seine nationale Zugehörigkeit und entwickelte literarisch eine Martyriologie der Landesgeschichte. Leid und Untergang des polnischen Staates, bedingt durch den Imperialismus der benachbarten Großmächte, identifizierte Mickiewicz als Analogie zum Christusergebnis. Nach dem politischen Opfertod sollte Polen eine besondere messianische Rolle unter den Völkern zukommen, so der literarische Gedanke vereinfacht wiedergegeben. Bis heute schwimmen Mythos und Theologie ineinander, wenn beispielsweise in Analogie zu der Unsterblichkeit der menschlichen Seele von der Unsterblichkeit der nationalen Seele von einem Professor der Katholischen Universität Lublin referiert wird.¹

Die weitere Geschichte bot sich als fruchtbarer Boden für die geistesgeschichtliche Rezeption dieser Vorstellung an. Aufgrund

politischer Interessen des Papstes gegenüber dem russischen Zaren stießen die nationalen Aufstände, die im Januaraufstand 1863 mündeten, seitens des Kirchenoberhauptes auf wenig Sympathie. Diese Erfahrung nationalisierte den polnischen Katholizismus in besonderer Weise. Insgesamt 20 Jahre lang hielt Polens wiedererlangte politische Souveränität zwischen den beiden Weltkriegen, bevor die erneute Teilung und Besetzung des Landes eine weitere Zäsur bildeten. Die offizielle antiklerikale und sozialistisch-internationalistische Linie der Kommunisten verlieh der Kirche ein unbeabsichtigt starkes politisches Gewicht. Als Bewahrer der christlichen Seele der Nation – wie das romantische Pathos nachklang – verkörperte die Kirche gleichermaßen die politische, kulturelle und identitäre Opposition. Dass mit Karol Wojtyła 1978 ein Pole Papst wurde, beflügelte den zivilgesellschaftlichen Aufstand, der mit der Solidarność-Bewegung einen entscheidenden Impuls zur inneren Auflösung des kommunistischen Systems im Ostblock gab. Den geistigen Rückhalt gab die katholische Kirche (s. RGOW 10/2014, S. 24–25). Die Freiheit des Landes und dessen katholische Identität waren für das kirchliche Milieu aneinander gekoppelt.

Auf der Suche nach einer neuen Rolle

Als 1989 der äußere Feind aufhörte zu existieren, richtete sich der Fokus auf Fragen nach der politischen Gestaltung der neu gewonnenen Demokratie. Schnell spaltete sich die Solidarność in unterschiedliche Interessengruppen auf. Linke, liberale und konservative Gruppen gingen getrennte Wege, im Allgemeinen waren die 1990er Jahre von einer labilen Parteienlandschaft geprägt, die sich erst in jüngster Zeit zu stabilisieren begann. Einen grundsätzlichen „selbstverständlichen Schulterschluss“ der Kirche mit einer bestimmten politischen Partei gab es und gibt es – entgegen mancher anderslautenden Berichterstattung – bis heute nicht. Neben den zu beobachtenden wachsenden Tendenzen einer auf Sympathien basierenden Nähe zwischen der Regierungspartei PiS und der Kirche existiert regional- und personenabhängig ein kompliziertes Geflecht von Interessen, das sich nicht vereinheitlichen lässt. Jenseits inhaltlicher Differenzen bei der Gesetzgebung zu bioethischen Fragen pflegte die Kirchenspitze mit allen bisherigen Regierungen enge Kontakte. Den Bedenken von Teilen des polnischen Episkopats gegenüber einem EU-Beitritt des Landes trug die damalige linke Regierung Rechnung, indem sie die Bischöfe in die politischen Kommissionen zur Vorbereitung des EU-Beitrittes einlud. Die Regierung übernahm dabei beispielsweise die kirchliche Forderung, bei der Erarbeitung einer EU-Verfassung auf die *Invocatio Dei* zu bestehen.²

Angesichts solcher Beispiele polemisiert der Politologe Radosław Markowski: „Es droht uns eine Iranisierung des



Der neu gewählte Präsident Andrzej Duda legt Blumen vor einem Denkmal für Papst Johannes Paul II. nieder. Foto: <http://andrzejduda.pl>

Landes.“ Er beschienigte der polnischen Politik Angst und einen beschämenden Opportunismus gegenüber der kirchlichen Hierarchie. „Die Kirche in Polen hat ihre Rolle in der Demokratie noch nicht gefunden und soll sich ein Beispiel an anderen europäischen Ländern nehmen“, so Markowski weiter.³ Damit spricht er vielen säkularen Kritikern aus dem Herzen, die das politische Mitmischen der Kirche stört. Dabei wird deren Rolle, politisch wie moralisch, beim politischen Umsturz in den 1980er Jahren gelobt, gleichzeitig aber fortan ihre politische Selbstmarginalisierung gefordert.

Dass der polemisch aufgeladene Begriff der „Iranisierung“, insbesondere im Vergleich mit manch westlichem Staat hinkt, lässt sich an zwei Beispielen verdeutlichen. Das Bestreben des einstigen PiS-Koalitionspartners mit integrierten rechtsextremen Tendenzen, der *Liga Polnischer Familien* (LPR), Religion als optionales Fach in polnischen Abiturprüfungen zu ermöglichen, löste seiner Zeit große Proteste aus und war selbst innerhalb der PiS umstritten. Eine Forderung, die in Deutschland, Österreich und weiten Teilen der Schweiz selbstverständliche Praxis und teilweise in den Landesverfassungen deutscher Bundesländer gar abgesichert ist. Ein weiteres Beispiel ist die Kirchenfinanzierung: Während sich die polnische Kirche sowohl in Sachen Lohnzahlungen an ihre Mitarbeiter wie auch der Gebäudeinstandhaltung selbst und ohne staatliche Hilfen finanzieren muss, genießen die Kirchen in Teilen Westeuropas sowohl über staatliche Finanzierungsinfrastrukturen als auch Privilegien über attraktive Refinanzierungsmodelle. Nicht einmal zur Instandhaltung von Monumentalgebäuden, wie im laizistischen Frankreich üblich, ist der polnische Staat bereit. Schließlich hat die Neuordnung des demokratischen Staatswesens keine strukturelle Privilegierung der Kirche mit sich gebracht. Ein solches Bestreben wurde übrigens auch nie ernsthaft gefordert. Das Konkordat von 1993 gewährt Staat und Kirche ihre je eigene Autonomie und Unabhängigkeit. Die Verfassung der III. Republik von 1997 nimmt dennoch keine vollständige Trennung von Staat und Kirche vor; den Art. 70 Abs. 2 Satz 1 der Verfassung vom 22. Juli 1952, der eine ausdrückliche Trennung beider Sphären vorsah, übernahm man bewusst nicht.⁴

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich auf institutioneller Ebene keine Form einer vermeintlich übertriebenen Klerikalisierung des Landes feststellen lässt. Politischen Einfluss kann die Kirche nur durch die persönliche Gewissensbindung ihrer Gläubigen, sowohl in der Politik wie auch im Elektorat, ausüben, wie es jedem anderen Akteur in demokratischen Gesellschaften möglich ist und sein sollte.

Die PiS und die Kirche

Es war der große politische Erfolg Lech Kaczyńskis Anfang der 2000er Jahre, dass es ihm gelang, mit der Partei PiS (Recht und Gerechtigkeit) die politische Rechte des Landes zu einen. Manche Abspaltungen oder Austritte prominenter Figuren in der Vergangenheit konnten die Existenz der Partei nicht gefährden – im Gegenteil, sie ist die erste Partei seit 1989, die nun Polen mit absoluter Mehrheit regieren kann. Bereits im Wahlkampf 2005 bot der selbst innerhalb des polnischen Episkopats höchst umstrittene polnische Radiosender *Radio Maryja* – mit seinen mehreren Millionen Hörern vor allem im ländlichen Osten des Landes – der PiS Schützenhilfe. Die Wahlergebnisse zeigen, dass die katholische Landbevölkerung die PiS mehrheitlich unterstützt. Die offen präsentierte Frömmigkeit und eine entsprechende Haltung in ethischen Fragen (In-vitro-Fertilisation, Schutz des Lebens, etc.) bilden einen starken Kontrast zu den Liberalisierungstendenzen der politischen Konkurrenz. Während das Verhältnis zwischen den Bischöfen und der linken SLD-Regierung Anfang der 2000er Jahre nicht frei von Spannungen war, gestaltete sich der Dialog in der ersten PiS-Regierungszeit (2005–2007) deutlich positiver. Stimmen aus den Regierungsfaktionen, die eine Verschärfung bisheriger Gesetze zum Schutz des Lebens forderten – wenngleich sie auch keine Mehrheit fanden –, schmeichelten weiten Teilen des Klerus⁵ und so entstand ein zunehmendes Vertrauensverhältnis zwischen der PiS und einer Mehrheit des Klerus.

Aus der Tatsache, dass die großen Mehrheiten der PiS im provinziellen Wählermilieu generiert werden, darf nicht auf das Erscheinungsbild der Partei geschlossen werden. Die Oppositionszeit zwischen 2007 und 2015, anfangs geprägt von teils selbstzerstörenden internen Streitigkeiten und Polemiken, lehrte die Partei, sich neu aufzustellen und zu disziplinieren. Das Zurücktreten des stark umstrittenen Vorsitzenden Jarosław Kaczyński zugunsten einer jüngeren, politisch unbelasteten und modern auftretenden Generation zahlte sich aus. Der amtierende Staatspräsident Andrzej Duda startete als völliger Außenseiter einen Präsidentschaftswahlkampf nach US-amerikanischem Vorbild. Traditionelle Werte in modernem Gewand – das sicherte nicht nur Sympathien bei der traditionell eher politikskeptischen Jugend, sondern lehrte die Partei auch einen neuen Politikstil. So wurde Dudas Wahlkampfleiterin Beata Szydło kurze Zeit später als Spitzenkandidatin der PiS für die Parlamentswahl 2015 nominiert und siegte schließlich. Nicht wenige in klerikalen Kreisen, die in der PiS tatsächlich einen politischen Arm des Katholizismus sehen wollen, unterliegen der Versuchung zu glauben, dass diese politische Erfolgsgeschichte notwendigerweise auch die Restaurierung ihrer romantischen Zielvorstellungen bedeute.

Falsche Sicherheit und verpasste Chancen

Politische Interessenallianzen zwischen kirchlichen und weltlichen Autoritäten lassen sich in der Kirchengeschichte seit der konstantinischen Wende quer durch alle Konfessionen in Form unterschiedlichster Ausprägungen verfolgen. In Teilen der konservativen Parteienlandschaft wie auch in kirchlichen Milieus Polens herrscht unausgesprochen eine Erwartungshaltung an das Verhältnis von Staat und Kirche, welches am ehesten an die orthodoxe Tradition der *Symphonia* erinnert: Man anerkennt formal die Autonomie und Autorität des Anderen, geht aber davon aus, dass man die gleichen gesellschaftlichen Ziele verfolgt. In einem konfessionell homogenen Staat, in dem es faktisch keine grundlegenden ethischen und weltanschaulichen Differenzen gibt, kann dieses Modell funktionieren, wenngleich die Vermischung von weltlicher und religiöser Sphäre letztlich für das Christentum problematischer ist als für den Staat. Der

Kirchenvater Augustinus mahnte mit dem Zerfall des weströmischen Reiches, wenige Jahrzehnte nach der Erhebung des Christentums zur römischen Staatsreligion, die klare Trennung zwischen der *civitas Dei* und der *civitas terrena* an. Gottesherrschaft und weltlich-irdische Herrschaft sind unterschiedliche Größen. Die Säkularisierungspolitik des 19. und 20. Jahrhunderts in verschiedenen Teilen Europas hat die Kirchen die Fragilität der Staatsbindung wieder spüren lassen. Polens Kirche versucht diesem Trend zu trotzen. Dass sie dies über politische Einflüsse und Symbiosen versucht, zeugt von einer tiefen Unfähigkeit, auf der Ebene des Glaubens in die Gesellschaft hinein zu wirken.

Polens Kirche geht ihren eigenen Weg, um in der neuen politisch-gesellschaftlichen Realität ihre Rolle zu finden. Der politisierte Kurs findet in der Bevölkerung aber weder eine Mehrheit noch besondere Sympathie. Die katholische Kirche in Polen wirkt nicht nur unfähig, mit neuen gesellschaftlichen Bewegungen und Strukturen in einen Dialog zu treten, sie erkennt auch die geistlichen Nöte ihrer Gläubigen, sprich das kirchliche Kerngeschäft. Zu den sechs häufigsten Gründen, weshalb sich Polens Gläubige von der Kirche abwenden, gehören unter anderem die „intellektuelle Desillusionierung“ sowie die politische Bevormundung.⁶ Zunehmend in den Fokus gerät, dass beide durchaus miteinander verknüpft sind. Die Priesterausbildung beispielsweise ist nicht unproblematisch: Die theologische Ausbildung findet in der Regel in geschlossenen Seminaren statt, deren intellektuelle Dimension zu wünschen übrig lässt; dagegen verfügen die jungen, mit Mitte 20 geweihten Geistlichen über ein hervorragend ausgebildetes klerikales Selbstbewusstsein. Damit fühlen sie sich befähigt, in allen persönlichen und politischen Bereichen mitzureden, was zunehmend als moralischer Übergriff wahrgenommen wird. Die Gläubigen wollen nicht mehr zu einem Kampf um die christliche Identität der Nation ermutigt werden, sondern suchen nach tragfähigen Modellen, ihren Glauben in der freien Gesellschaft, die sie bejahen, zu leben und ihre spirituellen Bedürfnisse zu befriedigen. Das gläubige Volk ist selbst in einem kontinuierlichen Prozess der Rollenfindung und erwartet eine sensible seelsorgerliche Begleitung, die es ernst nimmt und seine Sprache spricht.

Der temporär-symbolische Rückhalt, den die Kirche seitens der neuen Regierung genießt, verleitet sie dazu, sich wie schon so oft in der Geschichte von Thron und Altar, in falscher Sicherheit zu wiegen. Sie bewertet ihre gesellschaftliche Relevanz deutlich höher, als sie faktisch ist, und erkennt die Weichenstellungen, die notwendig wären, um sich des Rückhalts unter den Gläubigen zu vergewissern. Damit droht Polen – um bei Markowskis Wortwahl zu bleiben – weniger eine Iranisierung, als langfristig eine Irlandisierung in Analogie zum einst streng katholischen Irland, dessen Kirche binnen kurzer Zeit in der gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit versunken ist.

Einseitige Verkürzungen der Lehre

Zum Selbstverständnis der katholischen Kirche gehört es, ethisch-moralische Normen zu den Fragen und Angelegenheiten des menschlichen Lebens und seiner Umwelt zu formulieren. In Polen ist derzeit eine stark einseitige Rezeption lehramtlicher Aussagen zu individualethischen Bereichen zu beobachten (IVF, Schutz des Lebens, Gleichstellung homosexueller Partnerschaften). Unabhängig davon, dass viele Bischöfe und Priester selbst katholische Hochfeste nutzen, um politische Stellungnahmen zu diesen Themen zu äußern,⁷ schweigt sich die Kirche zu Fragen der globalen und ökologischen Gerechtigkeit vergleichsweise aus. Die sich sonst betont romtreu in Szene setzende PiS ignoriert mit ihrer rigiden Ablehnung von Flüchtlingen die Appelle des Papstes, der sogar forderte, jede Pfarrei solle Flüchtlinge aufnehmen.⁸ Bei 10114 Pfarreien entspräche das unterm Strich



Jarosław Kaczyński und der polnische Militärbischof Józef Guzek während der Messe zum Polnischen Unabhängigkeitstag am 11. November 2015 in der Heilig-Kreuz-Kirche in Warschau. Foto: Keystone

einer weitaus höheren Zahl, als jede Kontingentierung vorgesehen hätte.

Ähnlich verhält es sich mit ökologischen Fragen. Wie schon unter der liberal-konservativen Vorgängerregierung ist Polen das EU-Land, das sich am stärksten gegen strengere Umweltauflagen wehrt und nahezu seinen gesamten Energiebedarf über fossile Brennstoffe deckt. Als Papst Franziskus mit seiner Umweltzyklika *Laudato si'* ein klares ökologisches Umdenken anmahnte (s. RGOW 11/2015, S. 8–9), unterstellten ihm einige polnische Katholiken gar, eine „antipolnische“ Enzyklika geschrieben zu haben.

Die katholische Kirche ist schon ihrer Bezeichnung nach universal und versteht sich als Weltkirche. Wenn Paulus an die Philipper schreibt: „Unsere Heimat liegt im Himmel“ (Phil 3,20), relativiert er alle irdischen Zugehörigkeiten und verneint gleichzeitig deren Überbewertung. Ihre primäre Identität sollten die Gläubigen und die Kirche aus ihrer Ausrichtung auf die himmlische Heimat speisen und nicht aus dem politischen Konstrukt, in das sie hineingestellt worden sind. Auch der polnische Katholizismus wird sich an diesem urchristlichen gedanklichen Novum neu ausrichten müssen.

Anmerkungen

- 1) <https://www.youtube.com/watch?v=hYxguccr9OA>
- 2) Vgl. Sabina Bober: W Unii Europejskiej. Wobec nowych wyzwań – 2002–2007. In: Zygmunt Zielinski: Kościół w Polsce 1944–2007. Posen 2009, S. 357–359.
- 3) Vgl. Radiointerview mit Markowski vom 14.07.2015: <http://www.tokfm.pl/Tokfm/1,103454,18355168,grozi-nam-irania-zacja-kraju-poziom-oportunizmu-i-strachu-wobec.html>.
- 4) Zu den historischen Umständen vgl. Zygmunt Zielinski: Kościół w Polsce 1944–2007. Posen 2009, S. 301–310.
- 5) Vgl. Bober: W Unii Europejskiej (Anm. 2), S. 360–363.
- 6) <http://natemat.pl/24987,szesc-powodow-przez-ktore-wierni-odwracaja-sie-od-kościoła>.
- 7) http://wyborcza.pl/1,75968,18051766,Co_ma_Boze_Cialo_do_in_vitro__O_czym_mowili_biskupi.html?disableRedirects=true.
- 8) Vgl. http://de.radiovaticana.va/news/2015/09/06/papst_jede_pfarrei_soll_f%C3%BCchtlinge_aufnehmen!/1169957.

Dorian Winter, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Theologische Ethik und Sozialethik an der Theologischen Fakultät der Universität Luzern.